



ZAST - Zentrale Aufnahmestelle in Strausberg-Vorstadt

DIE LINKE.

Fraktion in der SVV Strausberg

Herzlich Willkommen in Strausberg



Impressum:

Fraktion DIE LINKE in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung

Vors. R. Kühn

Große Straße 45

15344 Strausberg

Sehr geehrte Anwohnerinnen und Anwohner,

in den letzten Wochen gab es wiederholte Beschwerden wegen mangelnder Informationen zu der zukünftigen Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge in der ehemaligen Barnimkaserne in Strausberg Vorstadt. Um diesem verständlichen Anliegen nachzukommen, hat die Linksfraktion in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung eine Art „Kunstgriff“ getätigt.

Eines unserer Mitglieder hat sich die Mühe gemacht und die Mitschriften der Fraktion ergänzt um Abschriften der Tonbandmitschnitte.

Sie beinhalten die umfassende Erklärung des Innenministers von Brandenburg, Karl-Heinz Schröter. Dazu stellten etliche Abgeordnete Fragen deren Beantwortungen für Sie mehr oder weniger informativ sein könnten.

Die Darstellungen des Innenministers sind aus unserer Sicht die zur Zeit verbindlichsten Fakten zum Thema ZASt und seine Auswirkungen auf Strausberg.

Die mündlichen Ausführungen wurden nach besten Wissen und Gewissen verschriftlicht. Mögliche Fehler können teilweise aufgrund von Tonqualität und dem zeitweiligen gleichzeitigen Sprechen verschiedener Redner nicht ausgeschlossen werden. Es ist kein offizielles Protokoll und kann die Veranstaltung nur sinngemäß wiedergeben. Wir haben uns zur besseren Lesbarkeit für die indirekte Rede entschieden.

Das komplette Dokument und weitere aktuelle Entwicklungen zu diesem Thema finden Sie auf unserer Internetpräsenz: www.dielinke-strausberg.de

Die Bürgermeisterin eröffnet das Thema und begrüßt den Innenminister dessen Teilnahme erst einen Tag vor der SVV feststand:

Herr Schröter:

Er werde zu einem frühen Zeitpunkt der geführten Verhandlungen (mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem Bundesverteidigungsministerium) den Bürgern zur Kenntnis geben, welche Planungen das Innenministerium für die Barnimkaserne habe. Der gegenwärtige Planungsstand ist zu früh, um eine Anwohnerversammlung durchführen zu können, weil noch nicht alle Themen endverhandelt sind.

Der gesamte Standort Barnimkaserne soll bis zum Jahr 2019 von der Bundeswehr geräumt werden. Das Innenministerium habe angefragt, ob schon jetzt nicht genutzte Teile der Kaserne für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden könnten. Es gebe Teilbereiche, die ab sofort einer Nutzung für eine Außenstelle der Erstunterkunft oder aber sogar für eine zweite Erstaufnahme hergerichtet werden können. Auch gebe es Bestandteile, die vor 2019 freigezogen werden können. Es laufen gegenwärtig Gespräche dazu, welche Bestandteile das im Einzelnen sein werden. Ziel des Innenministeriums sei es, möglichst kurzfristig die Bereiche zu reaktivieren, die gegenwärtig schon nicht mehr genutzt werden und die zu einer Nutzung vorgeschlagen wurden.

Laut der ersten Analysen von Bauexperten könnten in etwa 6 Monaten notwendige Bauarbeiten wie Abwasser und Infrastrukturleitungen abgeschlossen sein. Somit wäre eine Fläche von etwa einem Hektar nutzbar. Dort könnten beheizbare Messezelte errichtet und bis zu 400 Menschen in einem Gebäudekomplex vernünftig untergebracht werden. Die Planungen des Innenministeriums gehen aber etwas weiter. Man wolle die Behelfsbauten durch Unterkunfts-

bereiche ersetzen, die vor 2019 freigezogen werden können. Die Kapazität in der Barnimkaserne wolle man schrittweise erweitern, um auch tatsächlich alle Voraussetzungen, die für eine zweite Erstaufnahmeeinrichtung notwendig seien, zu schaffen. Wann die Nutzung beginnen könnte, kann noch nicht verbindlich gesagt werden, da noch Aussagen der Baufachleute fehlen und die vertraglichen Notwendigkeiten noch verhandelt werden müssen. Fest stehe, dass im Laufe des ersten Halbjahres 2016, wenn die Prognosen bisher in den Machbarkeitsstudien tatsächlich auch eintreffen, die Nutzung begonnen werden könne. Im Laufe des zweiten Halbjahres werde man dann die Kapazitäten erweitern.

Eine wichtige Voraussetzung sei die Erreichbarkeit des Bahnhofes in Strausberg. Ein Verhandlungsziel sei es, dass innerhalb des Objektes selbst eine Zuwegung an die Eisenbahnbrücke in Richtung Bahnhof sichergestellt werde. Dies sei wichtig für die Sicherheit derer, die sich dann Richtung Berlin bewegen wollen. Ich gehe davon aus, dass im zweiten Halbjahr des Jahres 2016 mindestens 1000 Asylsuchende und Flüchtlinge in der Barnimkaserne untergebracht werden können. Dies sei aber noch nicht die Endausbaustufe, denn eine Erstaufnahme sei auch dadurch geprägt, dass sie größere Menschenansammlungen, größere Ausmaße habe. Man brauche die entsprechenden Kapazitäten um das Bearbeiten der Asylanträge auch vernünftig organisieren zu können.

In Strausberg können 2000 Plätze geschaffen werden, das werde man im nächsten Jahr aber noch nicht schaffen. Mit dem ersten Abschnitt wird hier zunächst klein begonnen, damit man sich dann auf die Größenordnung entwickelt, die man in der Perspektive brauchen werde. Der Standort in der Barnimkaserne biete die Möglichkeit, viele Dinge innerhalb der Kaserne zu organisieren, die wichtig seien. Dazu gehören Möglichkeiten, wie Freizeitangebote (z.B. Spielplatz), Unterricht für Erwachsene und Kinder, dass diese die Grundkenntnisse der deutschen Sprache erlernen, sich Herantasten an Behördengänge und andere notwendige Dinge, die man organisieren müsse, um das tägliche Leben hier beherrschen zu können. Weitere Möglichkeiten seien Betreuungsangebote für

Kinder, medizinische Notwendigkeiten innerhalb der Kaserne und man habe auch vernünftige Versorgungsmöglichkeiten was die Frühstücks-, Mittags- und Abendbrotsituation betreffe. Für die Infrastruktur der Stadt Strausberg bedeute das, dass keine zusätzlichen Kapazitäten weder für die Grundschulen noch für die weiterführenden Schulen gebraucht werden, da für Kinder und Jugendliche in der Erstaufnahme keine Schulpflicht bestehe. Auch werde die Grundversorgung innerhalb der Erstaufnahme organisiert. Somit sei die Betroffenheit der kommunalen Infrastruktur gering.

Die Angebote in der Erstaufnahme seien auch für Menschen aus der Region offen. Es werde Begegnungsmöglichkeiten geben, da die Türen für jedermann offenstehen werden. Eine Ghettoisierung werde nicht stattfinden. Ich hoffe, dass rege von den Begegnungsangeboten innerhalb der Barnimkaserne dann durch die Bevölkerung Gebrauch gemacht werde. Durch das Erstaufnahmelager werden definitiv auch Arbeitsplätze geschaffen. In Doberlug-Kirchhain seien in etwa 100 unmittelbare Arbeitsplätze geschaffen worden, bei einer Erstaufnahme von 1000 Plätzen.

In dieser Größenordnung könne man auf jeden Fall kalkulieren. Auch werde man versuchen, die Baumaßnahmen von regionalen Unternehmen durchführen zu lassen. Außerdem gebe es Schlüsselzuweisungen für die Stadt. Er denke, dass der Stichtag der 31.12. dieses Jahres sein werde, dass Menschen in der Kaserne untergebracht werden. Die Schlüsselzuweisung erfolge pro Kopf. Man solle keine Angst haben vor einer solchen Sache haben, sondern man solle auch die Chancen sehen und zwar die Chancen für den Ort und er denke, die seien auf jeden Fall nicht nur vorhanden, sondern auch bemerkenswert.

Frau Stadeler:

Dankt für die die Informationen, müsse aber relativieren, denn die Schlüsselzuweisungen aus dem Jahr 2016 werden erst im Jahre 2018 wirksam. Es sei immer eine große Rückwirkung und dann gehen gleich die 44 Prozent Kreisumlage an den Landkreis.

Fragen der Abgeordneten zum Bericht:

Frau Behlau:

„Ich habe gleich mehrere Fragen:

- 1. Frage:** Wer hat den Vorschlag gemacht, die Barnimkaserne nutzen?
- 2. Frage:** Wer bezahlt den Umbau insgesamt?
- 3. Frage:** Werde die Bevölkerung vorher gefragt, ob sie damit einverstanden ist, dass eine solche Sache entstehe?
- 4. Frage:** Was heißt überhaupt „wir werden“? Wer sind wir?
- 5. Frage:** Wo kommen die Lehrer für den Deutschunterricht her? Man habe so einen Lehrermangel in Brandenburg, dass ungezählte Stunden in Massen ausfallen.
- 6. Frage:** Wo finde man die Deutschlehrer denn jetzt auf einmal?

Herr Schröter:

Die Mitarbeiter des Ministeriums für Inneres und Kommunales seien auf der Suche nach geeigneten Objekten gewesen. Man habe ganz intensiv die Kasernenstandorte unter die Lupe genommen. Einige Standorte seien nachgenutzt worden durch die Landkreise, aber in der Barnimkaserne habe es eine solche Nachnutzung noch nicht gegeben. Man habe dann Kontakt aufgenommen zur BlmA und zur Bundeswehr und nach den Nutzungsmöglichkeiten gefragt. Die Kosten für Umbaunotwendigkeiten auf Bundesliegenschaften zum Zwecke der Errichtung von Erstaufnahmezentren trage der Bund. Sollte irgendetwas nicht

durch den Bund finanziert werden, dann müsse die Bezahlung durch das Land vorgenommen werden. Die Stadt sowie der Landkreis tragen keinerlei Finanzierungsverantwortung. Eine Befragung der Bevölkerung werde es nicht geben, aber eine intensive Information, welche durch das Ministerium für Inneres und Kommunales durchgeführt werde.

Es müssen nicht zwingend Lehrer sein, da nur Grundkenntnisse der deutschen Sprache übermittelt werden. Das können auch Menschen sein, die Lehrer waren und sich jetzt freiwillig zur Verfügung stellen. Es werde aber zusätzliche Lehrerstellen für die Problematik Flüchtlingskinder im Land Brandenburg geben. Er habe in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen festgestellt, dass sich syrische, aber auch andere Menschen aus anderen Ländern, die gut deutsch sprechen, zur Verfügung gestellt haben, um den Deutschunterricht in der Erstaufnahme zu begleiten. Das sei eine sehr gute Praxis, weil die wissen, welche Zugänge man braucht, um die Menschen, die sich hier zum ersten Mal in Deutschland aufhalten, zu erreichen.

Frau Dr. Bock:

1. Frage: Ich frage, wie wird die ärztliche Versorgung sichergestellt?

2. Frage: Außerdem möchte ich wissen, ob man auch für die Sozialarbeit und für die Integration Mittel vom Land erwarten dürfe?

Es sei angeregt worden, dass ein Austausch und ein aufeinander Zugehen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung stattfinden solle.

3. Frage: Wie schafft man es, dass man die Menschen mitnehme, mitbestimmen lasse und wie könne man die Kommunen an dem Verteilungsplan, den das Land entworfen habe, teilhaben lassen?

Es gebe das schwedische Modell, in denen die Kommunen mitbestimmen können. Die haben dann den Anreiz, besondere Mittel zugewiesen zu bekommen.

4. Frage: Sei mittelfristig im Land Brandenburg geplant, hier eine Demokratisierung in diesem Bereich durchzuführen oder sei daran noch nicht gedacht worden?

Herr Schröter:

Dafür gebe es klar zugewiesene Verantwortlichkeiten.

Für die Erstaufnahme sei die Landesregierung, namentlich das Ministerium für Inneres und Kommunales, verantwortlich. Diese Verantwortung müsse letzten Endes der Minister wahrnehmen. Das mache ich und deshalb stehe ich hier. Es sei lange überlegt worden, wo die besten Standorte für die Erstaufnahme seien. Es seien die Standorte Eisenhüttenstadt, Doberlug-Kirchhain, Zossen - Ortsteil Wünsdorf, Frankfurt (Oder) und zukünftig auch Strausberg vorgesehen. Darüber hinaus gebe es provisorische Unterkünfte in Potsdam und in Cottbus. Wie lange die Provisorien halten müssen, das weiß er nicht.

Dieses Ergebnis muss er letztendlich ganz persönlich verantworten und deswegen stehe er hier. Er kann sich nicht vorstellen, dass eine andere Art der Verteilung von Verantwortlichkeit in Zukunft stattfinden werde. Auch kann er sich nicht vorstellen, dass es eine Bürgerentscheidung geben werde über die Verteilung der Erstaufnahme. Auf welcher Ebene solle die Befragung stattfinden? Erstaufnahme sei eine Landesaufgabe. Wer solle dann befragt werden? Die ganze Bevölkerung des Landes? Die des Landkreises oder die der Kommune? Er denkt, dass es so wie es organisiert sei ganz ordentlich sei. Wenn die Bevölkerung mit der Entscheidung nicht einverstanden ist, dann werde sie das bei der nächsten Wahl mit ihrem Wahlverhalten zum Ausdruck bringen. Verantwortung ist immer eine Verantwortung auf Zeit und er habe es lernen müssen mit Verantwortung umzugehen und Entscheidungen zu treffen, die nicht jedermann gefallen. Gleichwohl müsse es jemanden geben, der sie treffe und der müsse dann auch geradestehen dafür und er stehe dafür gerade.

Das Ministerium stelle jetzt verstärkt Mittel zur Unterstützung der Willkommensinitiativen zur Verfügung. Die ehrenamtlich Tätigen können selbstverständlich hier auch entsprechende Anträge stellen und es sei jetzt schon eine Neufassung des Landesaufnahmegesetzes in der Abstimmung.

Dort werde auch ein höherer Schlüssel für die Sozialarbeiter innerhalb der Einrichtungen festgesetzt werden. In den nächsten Beratungen werde zum Nachtragshaushalt auch entsprechend Personal zusätzlich für die Erstaufnahme zur Verfügung gestellt werden, so dass hier durch Kräfte, durch Mitarbeiter des MLK vor Ort auch der Kern der Arbeit sichergestellt werde.

Ich mache auch darauf aufmerksam, dass die Menschen in einer Erstaufnahme in der Regel nach 4 bis 12 Wochen die Erstaufnahme verlassen werden. Das heißt, so richtig integrieren könne man hier eigentlich nicht. Die Menschen, die kommen, seien sehr erschöpft und brauchen eine bestimmte Zeit, um überhaupt anzukommen, die notwendigen Formalien zu beginnen, zu denen auch die Erstuntersuchung gehöre.

Man werde sich bemühen, vor der Inbetriebnahme auf der Grundlage eines Vertrages mit dem Krankenhaus in Strausberg die Dinge so zu organisieren, dass innerhalb des Objektes ein vernünftiger Sanitärbereich eingerichtet werde, in dem durch Ärzte aus dem Klinikum die Erstuntersuchung durchgeführt werde.

Auch werde man einen Röntgencontainer aufstellen, der dann die komplette Erstuntersuchung ermögliche. Ansonsten werde man, wenn man noch nicht die Größenordnung habe, das Röntgen im Klinikum durchführen müssen.

Die Kapazitäten oder die Möglichkeiten, die hier die niedergelassenen Ärzte bieten, werden durch die Flüchtlinge die hierher kommen, nicht beansprucht werden. Es werde auch eine Grundversorgung bei Husten-Schnupfen-Heiserkeit innerhalb der Einrichtung sichergestellt. Es gebe dann eine Art Med-Punkt, wo jeder seine notwendigen Medikamente abholen könne.

Frau Zeymer:

Ich spreche für viele Strausberger und auch für mich persönlich. Diese Entwicklung die sich bis jetzt hier abzeichne, mache einem Angst. Man wisse nicht so richtig, wie man mit der neuen Situation umgehen müsse und vor allen Dingen, kenne man auch Probleme aus Eisenhüttenstadt und anderen Einrichtungen, die nicht ganz so ohne seien.

Bewegen tue einen auch die Frage der Sicherheit.

Frage: Wie werde nachher dafür gesorgt, dass man auch sicher sei, dass es auch auf beiden Seiten Sicherheit gebe und man gemeinsam möglichst komplikations- und konfliktarm umgehen könne?

Antwort Herr Schröter:

Es konnte in der Praxis nicht festgestellt werden, dass Kriminalität im Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften oder Außenstellen bzw. der Erstaufnahmestelle signifikant steigen.

Es gebe Auseinandersetzungen innerhalb der Einrichtungen, zum Teil auch ziemlich rustikal. Das komme aber insbesondere dann vor, wenn Menschen lange Zeit auf engem Raum zusammen sein müssen. Deshalb sei man von Anfang an bemüht, die Verhältnisse so zu organisieren, dass sie nicht zu zusätzlichen Spannungen führen werden. Ich hoffe, das gelinge von Anfang an und der Standort biete diese Voraussetzungen.

Es werde innerhalb der Betriebskonzeption ein inneres Sicherheitskonzept geben und auch eines was den äußeren Bereich betreffe.

Die Polizei sei immer überall, wo Gemeinschaftsunterkünfte errichtet werden, egal ob in Trägerschaft der Landkreise oder in Trägerschaft des Landes, mit dabei. Die Polizei sei Tag- und Nacht in der Lage, die Umgebung zu bestreifen und die Sicherheit der Bürger, aber auch die Sicherheit der ZAST-Bewohner, zu

gewährleisten. Man werde im Zusammenhang mit den nächsten Haushaltsberatungen auch über die Ausstattung der Polizei reden und diese werde der Lage angepasst werden.

Frau Kaiser:

Frage: Herr Innenminister, könnten sie noch einmal was sagen zu der Haushaltsplanung und auch zu den schon vorsorglich geschaffenen Stellen, gerade in dem Bereich durch die vorsorgliche Haushaltsplanung auch im Zusammenhang mit Investitionen in diese Infrastruktur?

Den Bürgerinnen und Bürgern, sowie den Kolleginnen und Kollegen empfehle ich die aktuelle Studie vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Seit Oktober könne man im Netz nachlesen, dass die Integration nicht an Geld scheitere. In Deutschland sei eine gute Konjunkturlage durch Mindestlohn und Konsumnachfrage, die auch durch die Flüchtlinge gestärkt werde und dass insgesamt als unproblematisch die finanzielle Situation des öffentlichen Sektors beschrieben werde.

Die Politik sei schlecht beraten, sagen die Ökonome, wenn sie versuchen würde, durch die Flüchtlinge verursachte Mehrausgaben mit Verweis auf die schwarze Null an anderer Stelle wieder einzusparen.

Frage: Ich bitte Sie Herr Innenminister, wie ist dazu nochmal die Meinung der Landesregierung bzw. auch ihre persönliche Meinung?

Herr Schröter:

Es sei nicht nur seine persönliche, sondern auch die klare Ansage der Landesregierung, dass die Mehrbedarfe nicht durch Kürzungen in anderen Bereichen eingesammelt werden. Die Mehrausgaben werden gedeckt werden durch hoffentlich mehr Einnahmen.

Man stehe kurz vor der neuen Steuerschätzung und leben in der Erwartung, dass mehr Steuern eingenommen werden, als wir bei der Verabschiedung des Haushaltes angenommen haben.

Wenn die Notwendigkeit besteht, dann werden die Mehrbedarfe auch durch Kreditaufnahme gedeckt.

Auch gebe es Rücklagen, da das Land Brandenburg in den letzten Jahren gut gewirtschaftet habe. Auf diese könne man zur Not auch zugreifen. Ein Teil der Rücklage sei für die reformbedingten Mehrkosten bei der Kreisgebietsreform, bei der Verwaltungsreform gedacht, aber da sei auch noch ein bisschen was übrig, was, wenn nötig, auch für Mehraufwendungen in diesem Bereich aktiviert werden könne.

Es gebe einen Stellenmehrbedarf den das MLK angemeldet habe, und dieser Stellenmehrbedarf werde nach menschlichem Ermessen am Rande der nächsten Plenarsitzung durch den Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen.

So kann ich mit der Stellenbesetzung noch in diesem Jahr beginnen.

Herr Schmitz:

Frau Golze, eine Kollegin des Innenministers, hat gemeint, dass die Flüchtlinge innerhalb von 12 Monaten Wohnraum bekommen sollen und die gesetzliche Grundlage geschaffen werden sollte, damit die Kommunen wissen, wie sie die Wohnungen herstellen oder bauen.

Aus meiner Sicht seien das alles Blüenträume, die Frau Golze geäußert habe.

Frage: Ich frage nach, ob die Polizei denn wirklich präsent und ausreichend hier vertreten sein werde?

Herr Schröter:

Strausberg werde in den besonderen Genuss einer großen Polizeiiinspektion kommen. Damit sei eine dauerhafte Präsenz der Polizei im Ort sichergestellt und somit auch kurze Interventionszeiten.

Das werde auf alle Fälle auch durch die Anwohner bemerkt werden.

Auch wird es eine direkte Verdrahtung des Wachstums geben, der rund um die Uhr im Objekt mit der Polizei in Verbindung steht.

Herr Winkelmann:

Frage: Wo wird der Optimismus von 3 - 12 Wochen hergenommen?
Man höre anderen Orts, dass es sich Jahre hinziehen könne.

Herr Schröter:

Die Flüchtlinge werden nach dem Königssteiner Schlüssel verteilt.
Nach diesem Verteilmechanismus bekomme Brandenburg 3,08 Prozent der Flüchtlinge. Diese werden in Erstaufnahmelagern untergebracht.
Nach der alten Gesetzeslage dürfen sie dort 3 Monate und nach der neuen bis zu 6 Monate oder bis zum Abschluss des Verfahrens bleiben.

Danach werden die Flüchtlinge nach einem Verteilschlüssel in die Landkreise des Landes oder in die kreisfreien Städte verteilt. Den Hinweis, dass 12 Monate bei dem gegenwärtigen Wohnungsbestand nicht einzuhalten seien, nehme ich mit.

Herr Fuchs:

Die Polizei reiche jetzt schon vorne und hinten nicht und es wird auch nicht besser werde, wenn man nicht ordentlich aufstocke.
Des Weiteren seien weltweit viele Menschen auf der Flucht.

Beim UNO-Flüchtlingshilfswerk seien 26 Millionen Menschen benannt, Amnesty International spreche von 60 Millionen, 800 Millionen Menschen in der Welt leiden nach Auskunft der evangelischen Kirche an Hunger, Millionen von Menschen werden weltweit rassistisch, religiös oder politisch verfolgt.
Im Oktober seien über das Mittelmeer 218.000 Menschen nach Europa gekommen.

Frage: Wie lange Deutschland, denn die meisten wollen nach Deutschland, es durchhalten werde?

Ich frage Sie, Herr Schröter, setzen sie sich auch von der Landesregierung im Bund dafür ein, dass hier Lösungen gefunden werden?

Dublin 3 müsse wieder kommen, die Menschen müssen europaweit verteilt werden und man müsse in den Krisenherden ansetzen. Es kann doch nicht sein, dass Deutschland hier überlaufen werde.

Man müsse Oben anfangen und nicht in den Kommunen, in irgendeiner Stadt. 2.000 Menschen in der Vorstadt seien ein erhebliches Problem. Das werde sich nicht mal so eben mit ein bisschen mehr Zuweisung machen lassen.

Herr Schröter:

Er sei auch der Meinung, dass die Bundesrepublik dieses Problem nicht alleine schultern könne. Und wenn die Kanzlerin gesagt habe „Wir schaffen das“, dann war in „Wir“ die Europäische Union mit einbegriffen und die anderen wirtschaftlich starken Nationen auf dieser Welt.

Wir sind gut beraten, die Kräfte zu mobilisieren und das was man leisten könne, was man leisten wolle, auch zu leisten.

Wir müssen gemeinsam mit der Bundesregierung und den Landesregierungen dafür sorgen, dass die Dinge planvoll erledigt werden.

Wir müssen wissen, wer sich wo in unserem Land aufhalte und es müsse eine faire Verteilung der Lasten innerhalb Europas geben.

Diese Probleme werde Deutschland nicht alleine schultern können, denn irgendwann werden auch unsere Ressourcen erschöpft sein.

Davon sei man noch ein Stück entfernt, so dass der Politik noch Zeit verbleibe, diese Dinge zu organisieren.

